



HESSEN



Bericht aus Brüssel

02/2020 vom 31.01.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Wirtschaft.....	6
Energie.....	9
Digital.....	10
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	11
Finanzen.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	13
Umwelt.....	14
Landwirtschaft.....	15
Justiz.....	17
Inneres.....	19
Bildung und Kultur.....	20
EU-Förderprogramme.....	20
Veranstaltungen.....	22
Vorschau.....	22

Rat; Brexit; Rat nimmt Austrittsabkommens an

Der Rat hat am 30.01.2020 im Wege des schriftlichen Verfahrens den Beschluss über den Abschluss des Austrittsabkommens angenommen. Das Austrittsabkommen wird mit dem Austritt GBR aus der EU am 31.01.2020 um Mitternacht (MEZ) in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an wird GBR kein Mitgliedstaat der EU mehr sein und als Drittstaat gelten. Am 01.02.2020 beginnt der im Austrittsabkommen vereinbarte Übergangszeitraum. Dieser läuft bis zum 31.12.2020. Bis zu diesem Zeitpunkt ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Unternehmen, Investoren, Studenten und Forscher etc. in der EU und in GBR keine Änderungen. GBR wird während des Übergangszeitraums nicht mehr in den Institutionen der EU vertreten sein, aber das EU-Recht wird für GBR bis zum Ende des Übergangszeitraums weiterhin gelten. Der Übergangszeitraum kann einmal um höchstens ein oder zwei Jahre verlängert werden, wenn dies beide Seiten vor dem 01.07.2020 beschließen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/01/30/brexit-council-adopts-decision-to-conclude-the-withdrawal-agreement/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Brexit%3a+Rat+nimmt+Beschluss+%c3%bcber+den+Abschluss+des+Austrittsabkommens+an

EP; Brexit; Zustimmung des EP zum Austrittsabkommen

Am 29.01.2020 hat das EP auf der Plenarsitzung in Brüssel über das Abkommen zum Austritt GBR aus der EU abgestimmt. Das Abkommen wurde vom EP mit 621 Stimmen bei 49 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen gebilligt. In der Debatte mit der kroatischen Staatssekretärin für Europaangelegenheiten Nikolina Brnjac, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, und dem Brexit-Chefunterhändler der EU Michel Barnier zog das Parlament eine Bilanz des bisherigen Austrittsprozesses und der bevorstehenden Herausforderungen. Hierbei wurde die historische Bedeutung der Abstimmung hervorgehoben. Ferner wurde betont, dass der Austritt GBR nicht das Ende der Beziehungen zwischen der EU und GBR sein wird. Man strebe eine enge Partnerschaft an. Die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und GBR wurden thematisiert und die Redner wiesen überwiegend darauf hin, wie schwierig diese sein werden, insbesondere, wenn man sich an den im Austrittsabkommen vorgegebenen Zeitrahmen halten müsse. Außerdem wurde betont, dass man aus dem Brexit Lehren ziehen müsse, die die Zukunft der EU prägen sollten.

<https://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debate-details.html?date=20200129&detailBy=date>

Kommission; Mitteilung zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas

Die Kommission hat am 22.01.2020 ihren Beitrag zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt. Sie soll am 09.05.2020 im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in Dubrovnik beginnen und zwei Jahre andauern. Die Konferenz ist ein Projekt, das Präsidentin Ursula von der Leyen bereits in ihren politischen Leitlinien im Juni 2019 angekündigt hatte. Konzept, Struktur, Inhalt und Zeitplan der Konferenz seien von EP, Rat und Kommission sowie weiteren Institutionen, Organisationen und Interessenträgern zu erarbeiten und in einer gemeinsamen Erklärung zu veröffentlichen. Die Konferenz wird neben den europäischen Organen und anderen europäischen Einrichtungen auch nationalen, regionalen und lokalen Behörden, Parlamenten und anderen Interessenträgern sowie der Zivilgesellschaft zur gleichberechtigten Teilnahme offenstehen. Bürgerinnen und Bürger sollen dabei im Mittelpunkt der Konferenz stehen. Deren Stimmen sollen in dieser „paneuropäischen, demokratischen Übung“ zur Mitgestaltung künftiger Maßnahmen auf der EU-Ebene

besser gehört werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Gleichstellung der Geschlechter, der Vertretung von Minderheiten und von Menschen mit Behinderungen gelten. Die Konferenz soll kurzum ein Abbild europäischer Vielfalt sein. Die Beteiligungsformate sollen offene, inklusive, transparente und strukturierte Debatten unter der Beachtung sozioökonomischer und -kultureller Aspekte ermöglichen. Neue Formen der Beteiligung wie etwa eine mehrsprachige digitale Plattform, die als zentrale Sammelstelle für alle Informationen und Aktivitäten auf nationaler und EU-Ebene dienen soll, sollen innovative Möglichkeiten zur Verknüpfung bieten. Ziel ist es, die Verbindung zwischen den Menschen in Europa und den Organen der EU zu stärken, damit sich die Bürger über die Europawahlen hinaus an der Demokratie beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-conference-future-of-europe-january-2020_de.pdf

Rat; Konferenz zur Zukunft Europas

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten tagte am 28.01.2020 in Brüssel. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich u.a. über die vorgeschlagene Konferenz zur Zukunft Europas aus, die 2020 beginnen und im Jahr 2022 enden soll. Der Rat forderte den KRO-Ratsvorsitz auf, sich um die Festlegung eines Standpunkts des Rates zu Inhalt, Umfang, Zusammensetzung und Funktionsweise der Konferenz zu bemühen und auf dieser Grundlage die Einbeziehung des EP und der Kommission sicherzustellen. Im Rahmen der Diskussion betonten die Minister, wie wichtig es sei, die Bürger in den Mittelpunkt der Konferenz zu rücken. Die Konferenz solle zur Entwicklung von mittel- bis langfristiger EU-Politik zur besseren Bewältigung der Herausforderungen beitragen, denen sich Europa gegenübersehe. Ein breites Spektrum von Stakeholdern und Gruppen seien einzubeziehen, um sicherzustellen, dass unterschiedliche Ansichten und Meinungen vertreten seien. Die Minister äußerten sich auch zur detaillierten Organisation der Konferenz. So betonten viele Redner die Notwendigkeit einer ausgewogenen Vertretung der drei EU-Organe sowie einer umfassenden Einbeziehung nationaler Parlamente. Mehrere Minister äußerten auch ihre Präferenz für eine schlanke und einfache Steuerung des Konferenzprozesses.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42345/st05573-en20.pdf>

Rat; Termine der kroatischen Ratspräsidentschaft

Europäischer Rat 20.02. (MFR); 26./27.03., 18./19.06.

Rat für Justiz und Inneres 23.01. (informell), 12./13.03., 04./05.06.

Rat für Landwirtschaft und Fischerei 27.01., 23./24.03., 27./28.04., 25./26.05., 07.-09.06. (informell), 29./30.06.

Rat für Allgemeine Angelegenheiten 28.01., 25.02., 24.03., 21.04., 12.05., 26.05., 16.06.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten 17.02., 05./06.03. (informell), 12.03. (Handel), 23.03., 22.04., 11./12.05., 14.05. (Entwicklung), 08.06., 15.06., 04./05.03. (Verteidigung, informell)

Rat für Wirtschaft und Finanzen 18.02., 17.03., 24./25.04. (informell), 19.05., 12.06.

Rat für Wettbewerbsfähigkeit 27./28.02., 20.03. (informell), 28./29.05.

Rat für Umwelt 05.03., 21./22.04. (informell), 22.06.

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz 19.03., 29./30.03. (Gesundheit, informell), 27./28.04. (Beschäftigung, informell), 11./12.06.

Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport 20.02., 18./19.05.

Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie 10./11.03. (Verkehr, informell), 27./28.04. (Energie, informell), 04.06. (Verkehr), 05.06. (Telekommunikation), 15.06. (Energie)

<https://www.consilium.europa.eu/media/41955/press-hr-pres-2020-calendar-200117.pdf>

Kommission; Kommissionsarbeitsprogramm 2020

Die Kommission hat am 30.01.2020 unter dem Titel „Eine Union, die mehr erreichen will“ ihr Arbeitsprogramm für 2020 angenommen. Das Kommissionsarbeitsprogramm enthält die wichtigsten Initiativen, die die neue Kommission in ihrem ersten Jahr 2020 ergreifen will. Die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms konzentrieren sich auf die Umsetzung der sechs Prioritäten der Leitlinien von Kommissionpräsidentin von der Leyen: „Ein europäischer Grüner Deal“, „Ein Europa für das digitale Zeitalter“, „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“, „Ein stärkeres Europa in der Welt“, „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ und „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“. Schwerpunktübergreifend hat die Kommission den Anspruch, dass ein soziales, klimaneutrales und digitales Europa die Führung übernimmt. Die Kommission betont in ihrem Arbeitsprogramm auch den Anspruch, eine geopolitische Kommission sein zu wollen. Alle geplanten Aktionen und Initiativen sollen sich daher stark auf die Außenpolitik konzentrieren. Die Notwendigkeit einer starken und geeinten EU, die sich auf alle ihre diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen stützt, ist laut des Programms offensichtlicher und wichtiger denn je. Gemeinsam mit den anderen EU-Organen und Partnern hat die Kommission weiterhin vor, eine Konferenz über die Zukunft Europas einzuberufen, um die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung von EU-Maßnahmen einzubinden.

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_de

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 29.-30.01.2020 in Brüssel

EP lehnt Vorschlag für die Ernennung des Exekutivdirektors der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde ab

Am 30.01.2020 lehnte das EP die Ernennung von Gerry Cross zum Exekutivdirektor der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde ab und fordert, dass der Vorschlag zurückgezogen und ihm ein neuer Vorschlag unterbreitet wird. Ihm wird vorgeworfen, in der Vergangenheit für Afme, eine Interessenvereinigung für Großbanken, gearbeitet zu haben. Der derzeitige Exekutivdirektor der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde hat seinen Rücktritt mit Wirkung zum 31. Januar 2020 angekündigt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0023_DE.html

Einheitliche Ladegeräte: EP fordert verbindliche Regeln noch vor dem Sommer

Das EP fordert die Kommission auf, bis spätestens Juli 2020 verschärfte Vorschriften für gemeinsame Ladegeräte vorzulegen. Die MdEP betonen, dass die EU „dringend regulatorische Maßnahmen ergreifen muss, damit die Menge an Elektronikabfall verringert wird und die Verbraucher in die Lage versetzt werden, nachhaltige Entscheidungen zu treffen“. So steht es in einer Entschließung, die am 30.01.2020 mit einer Mehrheit von 582 - 40 - 37 angenommen wurde, und in der die verpflichtende Einführung einheitlicher Ladegeräte für alle Mobilgeräte gefordert wird. Das EP verlangt von der Kommission, bis spätestens Juli 2020 den in der Funkgeräte-Richtlinie von 2014 dafür vorgesehenen delegierten Rechtsakt zu verabschieden oder bei Bedarf eine andere Rechtsvorschrift vorzulegen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0024_DE.html

EP-Plenarsitzungskalender für die Jahre 2021 und 2022 angenommen

Der Sitzungskalender des EP für die Jahre 2021 und 2022 wurde am 30.01.2020 von den MdEP angenommen.

2021

18. - 21.01.2021; 08. - 11.02.2021; 08. - 11.03.2021; 24. - 25.03.2021 (Brüssel);
26. - 29.04.2021; 17. - 20.05.2021; 07. - 10.06.2021; 23. - 24.06.2021 (Brüssel);
05. - 08.07.2021; 13. - 16.09.2021; 04. - 07.10.2021; 18. - 21.10.2021;
10. - 11.11.2021 (Brüssel); 22. - 25.11.2021; 13. - 16.12.2021

2022

17. - 20.01.2022; 14. - 17.02.2022; 07. - 10.03.2022; 23. - 24.03.2022 (Brüssel);
04. - 07.04.2022; 02. - 05.05.2022; 18. - 19.05.2022 (Brüssel); 06. - 09.06.2022;
22. - 23.06.2022 (Brüssel); 04. - 07.07.2022; 12. - 15.09.2022; 03. - 06.10.2022;
17. - 20. 10.2022; 09. - 10.11.2022 (Brüssel); 21. - 24.11.2022; 12. - 15.12.2022

https://www.europarl.europa.eu/sed/doc/news/flash/23201/calendars%20adopted%202021%20and%202022_EN.pdf

EP gedenkt der Befreiung von Auschwitz vor 75 Jahren

Liliana Segre, italienische Überlebende von Auschwitz, legte anlässlich des Holocaust-Gedenktags vor dem Plenum am 29.01.2020 Zeugnis von ihren Erfahrungen in Auschwitz ab. Die 89-jährige italienische Senatorin auf Lebenszeit erinnerte in ihrer Rede an die absolute Unmenschlichkeit der von den Nazis 1945 organisierten Lager und Todesmärsche, die sie im Gegensatz zu vielen anderen als junges Mädchen überlebte: „Ihre einzige Schuld bestand darin, auf die Welt gekommen zu sein“. Sie erklärte, dass sie die Pflicht hat, Zeugnis abzulegen, solange sie lebt.

Auf die Erklärungen von EP-Präsident David Sassoli und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Unverletzlichkeit der Würde jedes Menschen und zur Pflicht der Europäer, gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung einzutreten, folgte eine Schweigeminute. Mit der Aufführung von "Kaddish" von Maurice Ravel durch das Karski-Quartett mit Naomi Couquet (Mezzosopran) wurde die feierliche Sitzung abgeschlossen.

<https://www.europarl.europa.eu/the-president/en/newsroom/nazism-and-racism-are-not-opinions-but-crimes>

W i r t s c h a f t

Kommission; Unterstützung des Raumfahrtsektors

Die Kommission hat am 21.01.2019 zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) Investitionen in Höhe von 200 Mio. EUR in den EU-Raumfahrtsektor angekündigt. Während der 12. Europäischen Weltraumkonferenz in Brüssel unterzeichnete diesbezüglich die EIB und die Ariane-Gruppe eine Vereinbarung zur Bestätigung eines Darlehens von 100 Mio. EUR für das neue Ariane-6-Trägerraketenprogramm. Darüber hinaus hat die Kommission gemeinsam mit dem Europäische Investitionsfonds (EIF) den ersten raumfahrtorientierten „InnovFin Space Equity Pilot“ angekündigt. Dies ist ein Programm im Rahmen von „InnovFin“, welches mit 100 Mio. EUR ausgestattet ist. Es soll in Wagniskapitalfonds in der gesamten EU investieren, die Unternehmen bei der Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen im Weltraumsektor unterstützen. Damit sollen bahnbrechende Innovationen in der Branche erleichtert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_79

Welthandelsorganisation; offizielle Erklärung zur Entwicklung einer Übergangsregelung zur Streitbeilegung

Die EU und die Minister von 16 Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich am 24.01.2020 in Davos darauf geeinigt, eine Übergangsregelung („interimistische Mehrparteien-Regelung“) zu entwickeln, die ein funktionierendes und zweistufiges Streitbeilegungsverfahren bei der WTO gewährleistet. Damit sollen im Falle von Streitigkeiten zwischen den teilnehmenden Staaten diese auch weiterhin auf einen verbindlichen unparteiischen Streitbeilegungsmechanismus vertrauen können. Zu den teilnehmenden WTO-Mitgliedern gehören Australien, Brasilien, Kanada, China, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Republik Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Panama, Singapur, Schweiz und Uruguay. Die Übergangsregelung ist eine Notfallmaßnahme und soll nur so lange gelten, bis das offizielle WTO-Berufungsgremium wieder seine Arbeit aufnimmt. In der Erklärung ist ausdrücklich festgehalten, dass alle WTO-Mitglieder sich dieser Maßnahme anschließen können. Handelskommissar Phil Hogan betonte in der Presseverlautbarung ausdrücklich, dass es sich nur um eine Notfallmaßnahme handle und die Kommission sich um eine dauerhafte Lösung bemühen werde.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/january/tradoc_158596.pdf

Kommission; Garantien für Investitionen in erneuerbare Energien in Afrika

Die Kommission hat am 22.01.2020 vier Garantievereinbarungen im Wert von 216 Mio. EUR unterzeichnet, mit denen 2 Mrd. EUR für Investitionen in erneuerbare Energien, städtische Infrastruktur und Dienstleistungen in Afrika südlich der Sahara und in der Nachbarschaft der EU mobilisiert werden sollen. Die Vereinbarungen, die unter anderem mit der deutschen KfW-Gruppe unterzeichnet wurden, sollen durch Risikoteilung öffentliche und private Investitionen unterstützen und insbesondere kleinen Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_96

EuRH; Sonderbericht zum „KMU-Instrument“

Der Europäischen Rechnungshofs (EuRH) legte am 22.01.2020 einen Sonderbericht zum „KMU-Instrument“ vor. Laut Bericht wird die Entwicklung von Innovationsprojekten durch das KMU-Instrument wirksam unterstützt. Den klein- und mittelständischen Unternehmen, die EU-Unterstützung erhielten und so quasi ein EU-Siegel ("EU-Branding") vorweisen konnten, fiel es laut Bericht leichter, zusätzliche Investitionen zu mobilisieren. Auch die Verwaltung der Mittel durch die Kommission sei sachgemäß. Die Kommission initiierte das „KMU-Instrument“ im Jahr 2014, um Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen und Start-ups zu unterstützen. Es ist geplant, das Instrument in der nächsten Förderperiode ab 2021 im Zusammenhang mit dem Europäischen Innovationsrat neu zu gestalten. Mit Blick auf die Neugestaltung legt der EuRH u.a. Empfehlungen zur Verbesserung der Ausrichtung auf die Begünstigten, die geografische Reichweite und die Auswahl der Projekte vor.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_02/SR_Innovation_SMEs_D_E.pdf

Kommission; Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa

Die Kommission hat am 14.01.2020 die Mitteilung "Investitionsplan für ein zukünftiges Europa - Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal" vorgelegt. Der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa soll den Übergang zu einer klimaneutralen und grünen Wirtschaft ermöglichen. Die Kommission will mit dem Investitionsplan an drei Stellen ansetzen. Erstens soll er im neuen Jahrzehnt über den EU-Haushalt und dessen Instrumente mindestens 1 Billion EUR sowohl an privaten als auch öffentlichen nachhaltigen Investitionen mobilisieren. Nach den Vorschlägen

der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen ist dort bereits ein Ausgabenziel von mindestens 25% zur Erreichung der Klimaziele enthalten. Die Kommission spricht in ihrer Mitteilung von der Bereitstellung von 503 Mrd. EUR für Klima- und Umweltausgaben aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2021 bis 2030 sowie zusätzliche, nationale Kofinanzierungen von 114 Mrd. EUR. Die Kommission plant, bis Sommer dieses Jahrs einen auf Umweltauswirkungen geprüften Plan vorzulegen, mit dem die Reduktionsvorgaben der EU für die Treibhausgasemissionen bis 2030 angehoben werden sollen. Zweitens will die Kommission mit dem Investitionsplan geeignete Rahmenbedingungen für private Investoren und den öffentlichen Sektor schaffen. Sie will das nachhaltige Finanzwesen in den Mittelpunkt des Finanzsystems rücken. Dafür soll u.a. die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen genutzt werden. Auch der Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ und die Nachhaltigkeitsprüfung sollen maßgeblich dazu beitragen, das Potenzial von Finanzinstituten und privaten Investoren freizusetzen. Dritter Ansatz beim Investitionsplan ist es, die Behörden und Projektträger bei der Auswahl, Strukturierung und Durchführung nachhaltiger Projekt gezielt zu unterstützen. Dazu soll u.a. eine „Pipeline“ nachhaltiger Projekte aufgebaut werden, die auf den Grünen Deal abgestimmte Investitionsprojekte enthalten soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/fs_20_48

Kommission; Mechanismus für den gerechten Übergang

Im Rahmen der Mitteilung "Investitionsplan für ein zukünftiges Europa - Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal" hat die Kommission am 14.01.2020 auch einen Vorschlag für einen "Mechanismus für einen gerechten Übergang" (Just Transition Mechanism - JTM) vorgelegt. Dieser Mechanismus fußt auf drei Säulen. Die erste Säule besteht aus einem neuen Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“). Dieser soll mit 7,5 Mrd. EUR ausgestattet werden. Diese Mittel sollen in Kombination mit dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie nationalen Kofinanzierungsraten zwischen 30 und 50 Mrd. EUR an Investitionen ermöglichen. Der Rechtsrahmen besteht aus einem Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang sowie einem geänderten Vorschlag für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den EFRE, den ESF+, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds. Er besteht ferner aus Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa. Der Fonds soll ein zentrales Instrument dafür sein, die vom Übergang zur Klimaneutralität am stärksten betroffenen Gebiete zu unterstützen und die Zunahme regionaler Unterschiede zu verhindern. Die zweite Säule des JTM besteht aus einem neuen speziellen Finanzierungsinstrument (Invest-EU Garantie) unter dem für den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 vorgesehenen Fonds Invest-EU. Damit sollen durch die Mobilisierung von privatem Kapital Investitionen in Höhe von 45 Mrd. EUR ermöglicht werden. In der dritten Säule des JTM soll die Europäische Investitionsbank mit einer Darlehensfazilität 25 bis 30 Mrd. EUR öffentliche Investitionen fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/fs_20_50

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/fs_20_52

Kommission; Konsultation zum Fonds für den gerechten Übergang

Die Kommission leitete zum Verordnungsvorschlag zum Fonds für den gerechten Übergang eine öffentliche Konsultation ein, die noch bis 12.03.2020 läuft. Die Kommission plant alle eingegangenen Rückmeldungen nach Fristende zusammen zu fassen und dem EP und dem Rat vorzulegen, damit diese Ergebnisse in die Gesetzgebungsdebatte einfließen können.

Kommission; Empfehlungen zur Verbesserung der Verwaltung von EU-Geldern

Die Kommission hat zusammen mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 20.02.2020 einen Bericht über ein gemeinsames Pilotprojekt veröffentlicht, in dem sie die Mitgliedstaaten (MS) bei der Entwicklung und Erprobung von Lösungen zur Verbesserung der Verwaltung und des Managements von EU-Mitteln in allen MS unterstützt. Der Bericht enthält u.a. konkrete Empfehlungen für die für die Umsetzung der EU-Förderprogramme im Rahmen der Kohäsionspolitik zuständigen Behörden, z.B. zum Aufbau der richtigen Organisationsstrukturen oder zur Verbesserung der Management- und Planungskapazitäten. Die Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, kündigte an, dass die Empfehlungen in die Entwicklung eines speziellen Toolkits mit praktischer Unterstützung für die Behörden einfließen sollen. Die Verbesserung der Kapazitäten zur Vorbereitung und Durchführung von Projekten vor Ort werde durch EU-Initiativen zur Unterstützung der öffentlichen Verwaltungen und breiter angelegter Strukturereformen ergänzt, wie z.B. das künftige Reformunterstützungsprogramm.

<https://www.oecd.org/publications/strengthening-governance-of-eu-funds-under-cohesion-policy-9b71c8d8-en.htm>

Eurostat; Überschuss der EU stieg auch 2018 wieder

Am 28.01.2020 veröffentlichte Eurostat Zahlen zum internationalen Dienstleistungsverkehr der EU mit Drittländern im Jahr 2018. Danach ist 2018 der Überschuss der EU das zweite Jahr in Folge gestiegen, und zwar auf 186 Mrd. EUR. Der Überschuss der EU im Dienstleistungsverkehr war in den Jahren 2013 und 2016 zurückgegangen und stieg 2017 wieder auf 154 Mrd. EUR. Die USA waren auch 2018 weiterhin der Hauptpartner der EU sowohl für Exporte als auch für Importe.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10384790/2-28012020-BP-DE.pdf/96bafc35-eefa-f1d0-ef3e-02f46e2daeef>

EP; „Copernicus4 Regions“ Debatte unter Beteiligung von NEREUS

Das Netzwerk Europäischer Regionen, die Raumfahrtanwendungen nutzen (Network of European Regions Using Space Technologies – NEREUS), organisierte zusammen mit der Kommission und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) am 23.01.2020 im EP eine Debatte "Copernicus4Regions Breakfast Debate". Gastgeber war MdEP Eric Andrieu (S&D/FRA). In einer moderierten Grundsatzdebatte wurden Beispiele aus den Regionen vorgestellt, in denen Behörden das Erdbeobachtungssystem Kopernikus bereits erfolgreich in vielen Anwendungsbereichen außerhalb des Raumfahrtsektors einsetzen. Die Vertreter der Regionen diskutierten mit den anwesenden MdEP und regionalen Politikern über die Vorteile des Kopernikus-Programms auf lokaler und regionaler Ebene und tauschten ihre individuellen Erfahrungen aus. Aus Hessen hat MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) an der Veranstaltung teilgenommen. Hessen ist Gründungsmitglied des Netzwerks NEREUS.

<http://www.nereus-regions.eu/>

E n e r g i e

Eurostat; Anteil erneuerbarer Energien in der EU 2018 auf 18,0% gestiegen

Am 23.01.2020 veröffentlichte Eurostat Zahlen zum Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen in den Mitgliedstaaten (MS) im Jahr 2018. Der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch in der EU erreichte

einen Wert von 18,0% und stieg damit gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,5%. Unter den 28 MS haben 12 bereits ihre nationalen Zielvorgaben für 2020 erreicht. DEU hat das Ziel von 18% mit 16,5% fast erreicht. Dahingegen liegt NLD mit 7,4% am weitesten von ihrem Ziel entfernt. Für jeden MS ist ein eigener Zielwert im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegt worden. Die nationalen Zielwerte für die Mitgliedstaaten berücksichtigen deren unterschiedliche Ausgangssituation, das Potenzial im Bereich erneuerbarer Energien und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10335442/8-23012020-AP-DE.pdf/ab13eb1f-fe9d-9a57-44b3-98f0011e8697>

Digital

Kommission; Mitteilung „Sichere 5G-Einführung in der EU“

Die Kommission hat am 29.01.2020 eine Mitteilung über ein Instrumentarium von Risikominderungsmaßnahmen bei Telekommunikationsnetzen der fünften Generation (5G), die sog. „Toolbox“, vorgelegt. Der ER hatte am 22.03.2019 angesichts von Sicherheitsbedenken einen abgestimmten europäischen Ansatz bei diesem Thema gefordert. Die Koordinierungsgruppe der Mitgliedstaaten (MS) für Netz- und Informationssicherheit hatte daraufhin eine europaweite 5G-Risikobewertung durchgeführt und die Ergebnisse im Oktober 2019 veröffentlicht. Die Toolbox, auf die sich die MS nun geeinigt haben, enthält strategische und technische Maßnahmen um den identifizierten Risiken entgegenzuwirken, einschließlich Risiken nicht-technischer Natur wie mögliche Einflussnahmen Dritter durch die 5G-Lieferkette. Die Kommission ruft die MS nun auf, diese Maßnahmen bis zum 30.04.2020 umzusetzen und bis zum 30.06.2020 einen gemeinsamen Bericht über die nationalen Umsetzungen zu erarbeiten. Sie betont in der Mitteilung, für die Sicherheit kritischer Infrastrukturen wie 5G bestehe „der gewählte Ansatz darin, erstmals ein gemeinsames europäisches Vorgehen festzulegen“. Bei diesem Vorgehen bleibe „die Offenheit des EU-Binnenmarkts in vollem Umfang gewahrt, solange die risikobasierten Sicherheitsanforderungen der EU eingehalten werden“.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/secure-5g-deployment-eu-implementing-eu-toolbox-communication-commission>

Forschung

EP, Öffentliche Anhörung zur Strategische Planung für Horizont Europa

Der für Forschung zuständige Ausschuss des EP (ITRE) befasste sich in einer Anhörung am 24.01.2020 mit dem Stand der Planungen für das neue Rahmenprogramm für Forschung Horizont Europa. Konkret wurden die neu vorgesehenen „Missionen“ mit gesellschaftsrelevanten übergreifenden Forschungsthemen diskutiert. Zwei der von der Kommission vorgesehenen Missionen, „Klimaneutrale und intelligente Städte“ sowie „Krebs“ (Vorgehen gegen Krebserkrankungen) wurden von Expertinnen und Experten vorgestellt und die Ziele der Missionen erläutert. Von MdEP verschiedener Fraktionen wurde betont, dass die Bürgerbeteiligung dabei von großer Bedeutung sei und fest verankert werden sollte. Einige MdEP forderten, die Zusammenarbeit zwischen allen fünf vorgesehenen Missionen zu stärken. Die weiteren Missionen für das künftige Rahmenprogramm sind: Anpassung an den Klimawandel, inklusive gesellschaftlicher Veränderungen; Gesunde Ozeane, Meere, Küsten- und Binnengewässer; Bodengesundheit und Ernährung.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/itre/events-hearings.html?id=20200123CHE06941>

Kommission; Forschungs- und Innovationspolitik, Beratungsgremium

Am 27.01.2020 hat die Kommission die Mitglieder der Expertengruppe zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Forschung und Innovation (ESIR) bekannt gegeben, die die EU in der zukünftigen Forschungs- und Innovationspolitik beraten wird. Zur Vorsitzenden der Gruppe wurde Sandrine Dixson-Declève, die Ko-Präsidentin des Club of Rome bestimmt. Die ESIR (Economic and Societal Impact of Research and Innovation (ESIR) expert group) soll sich, so Forschungskommissarin Mariya Gabriel, mit den drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen befassen und die wichtigsten Akteure im Bereich der Nachhaltigkeit ansprechen. Weiterhin zeigte sich Gabriel zuversichtlich, dass die Arbeit dieser Gruppe „neue und frische Erkenntnisse zu einer zukunftsorientierten Forschungs- und Innovationspolitik“ liefern wird. Die Arbeit des Gremiums, das eine beratende Funktion innehat, wird vorläufig bis zum 31.12.2021 laufen und sich vor allem mit den Prioritäten "Europäischer Grüner Deal", "Eine Wirtschaft, die für die Menschen arbeitet" und "Ein Europa, das für das digitale Zeitalter geeignet ist" der Kommission befassen.

https://ec.europa.eu/info/news/top-experts-advise-commission-future-research-and-innovation-policy-support-sustainable-development-2020-jan-27_de

Finanzdienstleistungen

EZB; Zusammenschluss von Zentralbanken zur Bewertung digitaler Zentralbankwährungen

Die Europäische Zentralbank (EZB), die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank of Japan, die Sveriges Riksbank und die Schweizerische Nationalbank haben zusammen mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) eine Gruppe zum Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Möglichkeiten der digitalen Währung der Zentralbanken (central bank digital currency = CBDC) in ihren Heimatländern gegründet. Dies gab die EZB am 21.01.2020 bekannt. Die Gruppe wird die Anwendungsfälle des CBDC, die wirtschaftlichen, funktionellen und technischen Gestaltungsmöglichkeiten, einschließlich der grenzüberschreitenden Interoperabilität, sowie den Wissensaustausch über neue Technologien bewerten. Geleitet wird sie von Benoît Cœuré, Leiter des BIZ-Innovationszentrums, und Jon Cunliffe, stellvertretender Gouverneur der Bank of England.

https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200121_1~e99d7946d6.en.html

Finanzen

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des ECOFIN

Am 20.01.2020 tagten in Brüssel die Finanzminister der EUR-Mitgliedstaaten (EUR-Gruppe). Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Haushaltsplanung von PTL sowie die politischen Prioritäten der neuen Regierungen in AUT, ESP und FIN. Des Weiteren stellte die Kommission ihren Vorschlag für den Entwurf einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des EUR-Währungsgebiets in 2020 vor. Am 21.01.2020 tagte im Anschluss an die EUR-Gruppe ebenfalls in Brüssel der Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Zu Beginn stellte KRO seine Prioritäten für die Zeit der Ratspräsidentschaft vor. Danach führten die Minister der Mitgliedstaaten (MS) einen

Gedankenaustausch zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft. In der Aussprache wurde bekräftigt, dass hier eine internationale Lösung der beste Weg sei. Anschließend diskutierten die Minister über den Europäischen Grünen Deal und hoben dessen Relevanz hervor. Zudem läuteten sie das Europäische Semester 2020 ein, mit dem die Wirtschafts-, Haushalts- und Beschäftigungspolitik der MS überwacht wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2020/01/21/>

Eurostat; Öffentliches Defizit im Euroraum und in der EU 28 unverändert bei 0,7% bzw. 0,9% des BIP

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 21.01.2020 mit, dass sich im dritten Quartal 2019 das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand relativ gesehen sowohl im Euroraum als auch in der EU28 im Vergleich zum zweiten Quartal 2019 nicht veränderten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) blieb das öffentliche Defizit im Euroraum bei 0,7% und in der EU28 bei 0,9%. Der öffentliche Schuldenstand verringerte sich im Euroraum von 86,4% (Ende zweites Quartal 2019) auf 86,1% (Ende drittes Quartal 2019) und in der EU28 von 80,4% auf 80,1%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10159240/2-21012020-BP-DE.pdf/63fa08c8-0848-f621-32e1-5c5af286a32e>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 1,3% und in der EU auf 1,6% gestiegen

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 21.01.2020 mit, dass die jährliche Inflationsrate im Euroraum im Dezember 2019 bei 1,3% lag, gegenüber 1,0% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,5% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Dezember 2019 bei 1,6%, gegenüber 1,3% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,6% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in PTL (0,4%), ITL (0,5%) und CYP (0,7%) gemessen. Die höchsten jährlichen Raten wurden in HUN (4,1%), ROM (4,0%), SLK und CZR (je 3,2%) gemessen. In DEU lag die Rate mit 1,5% knapp über dem Durchschnitt der Eurozone. Im Dezember kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Dienstleistungen (+ 0,80 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+ 0,38 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+ 0,12 Prozentpunkte) sowie Energie (+ 0,02 Prozentpunkte).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10159215/2-17012020-AP-DE.pdf/546425ae-d5b7-4785-90a3-297fd818cfa7>

Kommission; Sanierungsklausel ist keine staatliche Beihilfe

Die Wettbewerbsaufsicht in der Kommission hält die sog. Sanierungsklausel (§ 8c Abs. 1a KStG) laut Mitteilung vom 22.01.2020 nicht mehr für eine staatliche Beihilfe i. S. d. EU-Vorschriften. Die Sanierungsklausel ermöglicht es einem notleidenden Unternehmen, Verluste in einem bestimmten Jahr mit Gewinnen in zukünftigen Jahren zu verrechnen, trotz Veränderungen in der Aktionärsstruktur. Die Entscheidung folgt auf Urteile des EuGH (C-203/16 P, C-208/16 P, C-209/16 P, C-219/16 P), der 2018 eine Entscheidung der Kommission über staatliche Beihilfen aus dem Jahr 2011 für nichtig erklärte. In Umsetzung der Urteile hat die Kommission die Maßnahme anhand eines breiteren Bezugsrahmens bewertet, einschließlich der Vorschriften des deutschen Rechts, die es Unternehmen generell erlauben, Verluste für steuerliche Zwecke vorzutragen. Die EU-Wettbewerbsaufsicht kam zu dem Schluss, dass die Sanierungsklausel nicht von diesen allgemeinen Regeln abweicht und daher notleidenden Unternehmen keinen selektiven Vorteil gegenüber anderen Unternehmen verschafft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_20_103

EZB; Lockere Geldpolitik bestätigt

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf der Sitzung des EZB-Rats am 23.01.2020 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagenfazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,50% zu belassen. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben, bis festgestellt wird, dass sich die Inflationsaussichten im Projektionszeitraum dem Inflationsziel von nahe, aber unter 2% deutlich annähern. Der EZB-Rat wird außerdem die Nettoankäufe im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR fortsetzen, bis es zu einer Erhöhung der Leitzinsen kommt. Zudem hat der Rat der EZB, wie in der letzten Sitzung vom 12.12.2019 angekündigt, mit einer Überprüfung der geldpolitischen Strategie begonnen. Diese soll v.a. die quantitative Formulierung von Preisstabilität, geldpolitisches Instrumentarium, wirtschaftliche und monetäre Analyse sowie Kommunikationspolitik umfassen und bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200123~ae33d37f6e.de.html>

Europäischer Rat; Sondergipfel für Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen einberufen

Am 25.01.2020 gab Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, bekannt, ein Sondertreffen des Europäischen Rates ab dem 20.02.2020 einberufen zu haben, in dem über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 verhandelt werden soll. Hintergrund ist der zunehmende Zeitdruck, der eine baldige Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen nötig mache, um praktische und politische Probleme, z. B. hinsichtlich der Fortführung laufender oder der Einführung neuer Programme, zu vermeiden. Michel zeigte sich positiv gestimmt, nach dem Treffen eine Einigung präsentieren zu können und appellierte hierfür an die Kompromissbereitschaft der Mitgliedstaaten.

https://www.consilium.europa.eu/media/42280/mff_european_council_meeting.pdf

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Coronavirus: Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens für die Rückführung von EU-Bürgern

Die Kommission hat am 28.01.2020 die Aktivierung des EU Katastrophenschutzverfahrens zur Rückführung von EU-Bürgern aus Wuhan (China) bekanntgegeben. Da die Zahl der Neuinfektionen mit dem sogenannten Coronavirus rasant gestiegen sei, wurde das EU-Katastrophenschutzverfahren, auf Bitten von FRA hin, aktiviert, so die Kommission. Es sollen zwei Flugzeuge in die betroffene Region in China geschickt werden, um mehr als 350 EU-Bürger, darunter 250 Franzosen, zurück in die EU zu holen. Der seit 2001 existierende EU-Katastrophenschutz soll, im Falle eines Ausmaßes, das die Kapazitäten eines einzelnen Landes übersteigt, Hilfe koordinieren und Kapazitäten bereitstellen. Mittlerweile beteiligen sich nicht nur alle EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch Island, Norwegen, Serbien, Nord-Mazedonien, Montenegro und die Türkei an diesem Projekt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_142

Kommission; Illegaler Artenhandel; EU-Aktionsplan

Der im Jahr 2016 verabschiedete EU-Aktionsplan zur verstärkten Bekämpfung des illegalen Handels mit Wildtieren und Wildpflanzen soll im zweiten Quartal 2020 auf seine Eignung geprüft und bewertet werden. Dies gab die Kommission im Rahmen einer vor kurzem veröffentlichten Konsultation bekannt. Der illegale Artenhandel stelle eine enorme Bedrohung für viele jetzt schon gefährdete Arten dar und habe deswegen große Auswirkungen auf die Biodiversität. In der öffentlichen Konsultation soll das bisherige Regelwerk darauf untersucht werden, inwiefern es die nationalen Bemühungen zur Eindämmung des illegalen Artenhandels unterstützt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-282951_de

EP; Konzentration von Blei in PVC

Der Ausschuss für Umweltfragen und öffentliche Gesundheit (ENVI) des EP hat am 21.01.2020 in einer Resolution gegen den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Vorschriften über die Bleikonzentration, insbesondere über Blei in Polyvinylchlorid (PVC), Einspruch erhoben. Blei wird in der EU seit 2015 aufgrund der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie nicht mehr in PVC verwendet, kommt aber durch importierte Waren in die EU trotzdem noch in PVC-Produkten vor. Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Verwendung und das Vorhandensein von Blei und seinen Verbindungen in Artikeln, die aus PVC hergestellt werden, zu beschränken und eine Höchstkonzentration von Blei von 0,1 Gewichtsprozent des PVC-Materials festzulegen. Die Ausschussmitglieder kritisierten zwei Ausnahmeregelungen des Kommissionsvorschlags. Die eine Ausnahme der Kommission würde eine Bleikonzentration von bis zu 2 Gewichtsprozent Hart-PVC und die weitere von 1 Gewichtsprozent Weich-/Weich-PVC zulassen. Der Ausschuss sieht den Vorschlag der Kommission nicht im Einklang mit der sog. REACH-Verordnung und fordert die Kommission auf, einen neuen Vorschlag vorzulegen. Nun wird das Plenum über das Dossier entscheiden.

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/ENVI/DV/2020/01-20/1196303EN.pdf

Kommission; Konsultation zu neuen EU-Leitlinien im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (ETS)

Am 14.01.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf der überarbeiteten EU-Leitlinien für Beihilfen im Rahmen des ETS eingeleitet. Im Einklang mit der Mitteilung über den europäischen Grünen Deal dient der Entwurf dem Ziel, die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen aufgrund indirekter Kosten zu verringern und Anreize für die Modernisierung der Produktionsverfahren zu schaffen. Zu diesem Zwecke fordert die Kommission Interessenträger auf, bis zum 10.03.2020 zu ihrem Vorschlag und dessen Auswirkungen Stellung zu nehmen.

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_ets_stateaid_guidelines/index_en.html

Europäische Investitionsbank; Klimapartnerschaft mit Wien

Die Stadt Wien hat am 24.01.2020 als erste Stadt mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein Klimapartnerschaftsabkommen abgeschlossen. In der „Gemeinsamen Erklärung zur Klimapartnerschaft“ wurde festgehalten, dass alle zukünftigen Projekte der Stadt in den Bereichen Wohnen, Energie, Abfall und Mobilität unter Berücksichtigung ihres Klimaschutzbeitrags auf mögliche Finanzierungsbeiträge durch die EU-Klimabank geprüft werden sollen. Die EIB, die seit Herbst 2019 ihre Finanzierungsaktivitäten auf die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens

ausrichtet, hoffe, so der zuständige Vizepräsident Andrew McDowell, dass diese erste Partnerschaft einen Signalcharakter für weitere Metropolen in Europa haben wird.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-022-european-green-deal-eib-and-city-of-vienna-sign-climate-partnership#>

L a n d w i r t s c h a f t

EP; AGRI; Aussprache zur Afrikanischen Schweinepest (ASP)

In einer Aussprache mit dem Agrarausschuss (AGRI) des EP präsentierte der stv. Generaldirektor für Lebensmittelsicherheit, Tiere und Pflanzen der Generaldirektion SANTE der Kommission, Bernard van Goethem am 22.01.2020 die schwerwiegenden Auswirkungen der ASP auf Schweine und Wildschweine in der Nutztierhaltung. Diskutiert wurden auch Handelseinbußen und die Initiativen der EU. Nord- und Südamerika sowie Australien seien bislang die einzigen Kontinente ohne Ausbruchsfälle der ASP. In der EU sind bislang ROM, BUL, HUN, SLK, POL, LET, LIT, EST und BEL betroffen. Um die ausschließlich vom Virus betroffene Tierart Schwein zu schützen, seien hohe Biosicherheitsstandards und eine transparente Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten (MS) notwendig. Zumeist erfolge die Verbreitung durch infizierte Wildschweine. Sprunginfektionen über lange Strecken seien durch infizierte Fleischprodukte und durch mit Viren in Kontakt gekommene Personen, Gegenstände und Tiere möglich, sodass Zäune nach aktueller Erkenntnis keinen hinreichenden Schutz böten. Forschung zur ASP-Bekämpfung wird laut Kommission intensiv betrieben. Aktuell existiere kein Impfstoff. Durch eine vierstufige Regionalisierung (infizierte Gebiete, Regionen mit infizierten Wildschweinen, Pufferzonen, ASP-freie Gebiete) ist die Verbreitung der ASP bekannt und nicht betroffene MS könnten so ihren Handel auch mit Drittstaaten fortführen.

https://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/control-measures/asf_en

EP; AGRI; Aussprache mit Agrarkommissar

Am 23.02.2020 tauschten sich die MdEP des Landwirtschaftsausschusses des EP mit Agrarkommissar Janusz Wojciechowski (POL) aus. Wichtigstes Credo des Kommissars: Der Green Deal mit seinen Verpflichtungen für die Landwirtschaft könne nur durch entsprechende finanzielle Mittel von der Idee zur Praxis werden. Die Implementierung des Green Deals in der Landwirtschaft diene zudem als Basis für die Haushaltsverhandlungen. Der Agrarkommissar plane, bis zur Hälfte seiner Amtszeit alle Mitgliedsstaaten zu besuchen, um die regionalen Herausforderungen vor Ort zu verstehen. Seine ersten Treffen mit Landwirten und Interessenvertretern hätten ihm gezeigt, dass das Ziel einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft breit geteilt werde, wohingegen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) insgesamt vorteilhafter für die Landwirte werden müsse. U. a. sollten laut dem Kommissar strategische GAP-Pläne die kleinen Landwirtschaftsbetriebe mehr berücksichtigen. Hintergrund: Der Green Deal löse bei Landwirten Besorgnis aus, dass keine ausreichenden finanziellen Mittel für nötige Maßnahmen eingeplant werden. Auf den Appell von MdEP hin versprach Wojciechowski erneut, dass er sein Mandat voll nutzen und in Debatten das Agrarbudget im MFR verteidigen wolle. Er sehe es als Priorität der Kommission an, den Green Deal nicht im Schatten vieler Proteste durchzusetzen, sondern ihn mit den Landwirten gemeinsam zu gestalten. Wojciechowski betrachtete den Green Deal als eine „historische Chance“, um ihn für eine gemeinsame EU-weite Ausrichtung der Landwirtschaft zu nutzen. Der Kommissar erklärte auch, dass ein langfristiger Aktionsplan für den Ökolandbau mit Förderung der Bioproduktion und des Biokonsums in Planung sei.

Kommission; Bioökonomie in der Landwirtschaft; Green Deal

Die Kommission strebt aktuell an, die Bioökonomie-Strategie in der Landwirtschaft weiterhin verstärkt umzusetzen und die Strategie mit ganzheitlichem Ansatz fortzuentwickeln. Die Bioökonomie mit ihren biobasierten Wertschöpfungsketten bietet für die EU-Landwirtschaft - auch für kleine und mittelständische Betriebe - ein großes Potenzial und sollte zum Erfolg des europäischen Green Deals beitragen, betonte der Agrarkommissar Janusz Wojciechowski (POL) anlässlich eines Besuchs im kroatischen Parlament Mitte Januar. Da die Bioökonomie Teil der neun Hauptziele der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist, haben die Mitgliedstaaten sie mit ihren Strategieplänen zu fördern. Auch der Rat unter kroatischem Vorsitz verfolgt die Bioökonomie-Strategie in seinem Programm für das laufende Halbjahr. Ende April 2020 soll eine dritte hochrangige Konferenz der Kommission zur Bioökonomie stattfinden.

<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/bioeconomy>

Rat; Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Europäischer Grüner Deal

Am 27.01.2020 fand in Brüssel turnusmäßig der Agrarrat unter KRO-Vorsitz statt. Die Agrarminister stimmten nach ihrer Aussprache zum Green Deal und zur GAP darin überein, dass die künftige GAP einen geeigneten Rahmen bieten kann, um zum Ziel der EU-Klimaneutralität bis 2050 beizutragen. Neue Agrartechnologien und eine digitalisierte Landwirtschaft würden zur Zielerreichung benötigt. Gleichzeitig hoben sie hervor, dass eine „angemessene“ Finanzierung der GAP daher essentiell sei. Dies kommt einem Appell an den Europäischen Rat im Vorfeld der anstehenden Beratungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen gleich. Die Vorschläge der Kommission für die GAP im Zeitraum 2021-2027 sehen vor, dass mindestens 40% der Gesamtmittel für die GAP zu den Klimazielen beitragen sollten. Neben der GAP eignen sich u. a. die Bereiche Forstwirtschaft, Biodiversität, Forschung und Entwicklung sowie Kreislaufwirtschaft zur Erreichung der Klimaneutralitäts-Ziele. Als Ratsvorsitzende kündigte die KRO Landwirtschaftsministerin Marija Vučković an, die „Farm-to-Fork-Strategie“ („vom Hof auf den Tisch“) auf die Agenda der anstehenden Ratssitzungen aufzunehmen. Die Kommission wird die „Farm-to-Fork-Strategie“ vsl. noch im Frühjahr 2020 präsentieren. Die Strategie soll dazu dienen, das europäische Lebensmittelsystem fairer, gesünder und umweltfreundlicher zu machen, indem der Einsatz chemischer Pestizide, Düngemittel und Antibiotika begrenzt wird.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5174-2020-INIT/de/pdf>

Rat; Übergangsvorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Verhandlungen zur neuen GAP für die Förderperiode ab 2021 ziehen sich sowohl im Rat als auch im EP weiter hin. Beide Organe konnten noch nicht einmal in Trilogverhandlungen treten, denn sowohl der Agrarrat als auch der AGRI-Ausschuss im EP verhandeln noch intern über die neuen Förderbestimmungen. Daher hat sich der Agrarrat am 27.01.2020 in Brüssel mit der von der Kommission vorgesehenen Übergangszeit befasst – der Zeitspanne bis zum Abschluss und Inkrafttreten der neuen GAP. Um diese Übergangsvorschriften zur Unterstützung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) rechtzeitig zu verabschieden, sprach sich die Mehrheit der Ratsdelegationen dafür aus, dass der Rat eine Position verabschieden soll (partiell allgemein ausgerichtete Ratsposition). Der Rat sollte somit unmittelbar eine Ausrichtung verabschieden, auch unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Das bedeutet zugleich: Erst wenn die Details zum MFR feststehen, kann die Präsidentschaft die Zahlen in den Übergangsvorschriften aktualisieren. Die gegenwärtigen GAP-Finanzierungsregelungen sollen mit neuen Geldmitteln in der Übergangszeit

fortbestehen. Wie auch im EP bestand aber im Rat Uneinigkeit, ob die einjährige Dauer der Übergangszeit ausreichend sei oder um ein weiteres Jahr zu verlängern sei.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5071-2020-INIT/en/pdf>

Rat; Afrikanische Schweinepest (ASP)

Die Kommission stellte auf dem Agrarrat am 27.01.2020 in Brüssel die Ergebnisse der hochrangigen, internationalen Konferenz „Zur Zukunft der Schweinefleischproduktion angesichts der Bedrohung durch ASP“, die im Rahmen der Internationalen Grünen Woche am 17. Januar 2020 in Berlin stattfand, vor. Bei der Konferenz waren 20 EU-, Nicht-EU- und Vize-Minister, 50 Länderdelegationen und 20 internationale Organisationen zugegen. Lokalisierte Vorkommnisse der ASP gibt es in zehn EU-Mitgliedsstaaten. In Asien liegt eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus vor. Obgleich in Europa ein Tierseuchen-Risikomanagementsystem nach dem Stand der Technik existiert, kann die ASP nur durch eine globale Strategie, eine weltweite Kooperation und einen (bisher noch nicht entwickelten) Impfstoff ausgerottet werden. Die ASP verursacht schwerwiegende ökonomische Auswirkungen für die Schweinefleischproduktion und damit zusammenhängende Sektoren sowie indirekte Kosten durch Handelsrestriktionen. Zahlreiche Ministerinnen und Minister bezogen Stellung im Rat und forderten eine differenzierte, regionale Vorgehensweise, mehr proaktive, öffentlichkeitswirksame Kampagnen der Kommission sowie eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung zur ASP-Bekämpfung.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5423-2020-INIT/en/pdf>

J u s t i z

EP; Dialog mit Justizkommissar Reynders im LIBE-Ausschuss

Der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 21.01.2020 eine Aussprache mit Justizkommissar Didier Reynders geführt. Im Mittelpunkt der Debatte stand der neue Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus, den die Kommission 2020 vorstellen will. Kommissar Reynders kündigte an, dass die Berichte der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten (MS) im zweiten Halbjahr 2020 während der Ratspräsidentschaft von DEU vorliegen werden. Erste Sitzungen mit Vertretern der MS sollen bereits im Februar stattfinden. Die Berichte werden die Situation in den MS beschreiben, Risiken aufzeigen und Empfehlungen abgeben. Themen werden sein die Unabhängigkeit der Justiz, Korruption und Medienpluralismus. Als weitere Prioritäten nannte der Kommissar den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu den Legislativvorschlägen über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln, die Arbeitsfähigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft im November 2020, eine neue Strategie für den Schutz von Opfern von Straftaten 2020-2024, den Bericht zur Umsetzung des Europäischen Haftbefehls (erwartet Mitte 2020) sowie die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung. Er kündigte außerdem das Weißbuch der Kommission zur Künstlichen Intelligenz für den 19.02.2020 an.

<https://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20200121-0900-COMMITTEE-LIBE>

Rat; informeller Justizrat am 23.01.2020 in Zagreb

Die EU-Justizminister kamen auf Einladung des aktuellen KRO-Ratsvorsitzes am 23.01.2020 zu einer informellen Tagung in Zagreb (KRO) zusammen. Sie haben einen ersten Meinungsaustausch über neue strategische Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geführt. Das letzte Fünfjahresprogramm mit strategischen Leitlinien von 2014 (das

sog. „Post-Stockholm-Programm“) war Ende 2019 ausgelaufen und muss gemäß Art. 68 AEUV neu aufgelegt werden. KRO strebt an, dass der ER noch im ersten Halbjahr 2020 die neuen Leitlinien festlegt. Außerdem befassten sich die EU-Justizminister mit der Weiterentwicklung der justiziellen Aus- und Fortbildung in Europa sowie der Rolle und Funktionsweise des Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen. Förmliche Beschlüsse wurden entsprechend dem Charakter der informellen Sitzung nicht gefasst.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=153>

EuGH; Ernennungen beim EuGH - Tätigkeitsbericht des Ausschusses nach Artikel 255 AEUV

Am 17.01.2020 hat der gemäß Art. 255 AEUV eingesetzte beratende Ausschuss für Ernennungen im Justizwesen seinen sechsten Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Der Ausschuss wurde durch den am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon geschaffen. Er besteht aus sieben Mitgliedern und gibt Stellungnahmen zur Eignung von Bewerbern auf ein Amt als Richter oder Generalanwalt beim EuGH ab. Der sechste Tätigkeitsbericht fasst die Arbeit von März 2018 bis Oktober 2019 zusammen und informiert über das Beurteilungsverfahren der Bewerber und die Auslegung der Anforderungen aus dem AEUV. Im genannten Zeitraum hat der Ausschuss insgesamt 43 begründete Stellungnahmen abgegeben, von denen sich 29 auf Bewerbungen für eine erste Amtszeit bezogen. In acht Fällen hat der Ausschuss ein ablehnendes Votum abgegeben. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind den Stellungnahmen bisher stets gefolgt. Der Tätigkeitsbericht enthält auch Informationen über die Art der Fragen, welche die Bewerber in den Anhörungen erwarten, sowie über die Beurteilungsansätze des Ausschusses bei Erstbewerbungen und Amtszeitverlängerungen.

<https://comite255.europa.eu/de/home>

EuGH; Systematischer Zahlungsverzug öffentlicher Stellen in ITL

Die Große Kammer des EuGH hat mit Urteil vom 28.01.2020 in der Rechtssache C-122/18 entschieden, dass ITL gegen die Richtlinie 2011/7/EU zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr verstoßen hat, weil ITL nicht sichergestellt hat, dass seine öffentlichen Stellen im Rahmen von Geschäftsvorgängen, bei denen das Land Schuldner ist, die in Art. 4 Abs. 3 und 4 der Richtlinie festgelegten Zahlungsfristen von höchstens 30 oder 60 Kalendertagen tatsächlich einhalten. Damit hat der EuGH der Vertragsverletzungsklage der Kommission stattgegeben. Die Kommission hatte argumentiert, die in der Richtlinie vorgesehenen Zahlungsfristen würden in ITL nicht nur von einzelnen Stellen überschritten, sondern von ganzen Kategorien öffentlicher Stellen. ITL hatte argumentiert, die Richtlinie verlange nicht, sicherzustellen, dass öffentlichen Stellen diese Fristen unter allen Umständen tatsächlich einhielten. Dieser Argumentation ist der EuGH nicht gefolgt: Aufgrund der großen Zahl der Geschäftsvorgänge, bei denen öffentliche Stellen Schuldner von Unternehmen sind, und der Kosten und Schwierigkeiten, die bei Unternehmen durch Zahlungsverzug öffentlicher Stellen entstehen, wollte der Unionsgesetzgeber den Mitgliedstaaten in Bezug auf den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen weitergehende Pflichten auferlegen. Die Zahlungsfristen müssten tatsächlich eingehalten werden.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-122/18>

Kommission; Außenminister erwägen Wiederaufnahme der Operation „Sophia“

Am 20.01.2020 berieten die EU-Außenminister im Anschluss an die Libyen-Konferenz in Berlin über politische Lösungen im Libyen-Konflikt. Dabei kamen die Minister überein, dass auch eine Wiederaufnahme der Operation „Sophia“ zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Waffenschmuggels geprüft werden solle. Der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell (ESP), sprach sich für eine Wiederaufnahme der Mission aus, und betonte, ihr Fokus solle auf der Durchsetzung des Waffenembargos liegen. Zunächst soll nun geprüft werden, in welcher Form die Mission wiederaufgenommen werden könnte. Die Operation „Sophia“ wurde zwischen Juli 2015 und September 2019 durchgeführt und sah die Überwachung des südlichen zentralen Mittelmeers zur Bekämpfung von Schleusernetzen und Waffenhandel vor. Dabei kamen u.a. Aufklärungsflugzeuge, Drohnen, spezifische Satellitenüberwachung und Patrouillenboote zum Einsatz.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200121-aussenminister-sophia_de

Kommission; Abkommen über EASO-Operationsbüro in GRI

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) und die Regierung von GRI unterzeichneten am 28.01.2020 ein Abkommen, dass die Arbeit von EASO in GRI erleichtern soll. Das Abkommen ermöglicht die Einrichtung eines Operational Office in GRI und schafft einen administrativen und rechtlichen Rahmen für eine effektive Unterstützung der griechischen Behörden durch EASO. Das Unterstützungsbüro kooperiert bereits seit 2011 mit griechischen Behörden, im Laufe des Jahres 2020 soll die Zahl der EASO-Mitarbeiter in GRI von etwa 500 auf über 1000 verdoppelt werden. So sollen insbesondere der GRI Asyldienst, die nationale Dublin-Einheit, der Empfangs- und Identifizierungsdienst und die Berufungsbehörde unterstützt werden. Die Kosten des EASO-Engagements in GRI sollen sich für das Jahr 2020 auf 36 Mio. EUR belaufen.

<https://easo.europa.eu/news-events/easo-operations-greece-expand-significantly>

Rat; Informeller Innenministerrat am 24.01.2020 in Zagreb

Im Rahmen des informellen Rats in Zagreb am 24.01.2020 tauschten sich die Innenminister der Mitgliedstaaten (MS) insbesondere über die Ausrichtung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aus. In Erwartung des von der Kommission angekündigten neuen Pakts für Asyl und Migration zeigte sich bei vielen MS Diskussionsbereitschaft in bislang strittigen Punkten. Im Bereich der Inneren Sicherheit wurden insbesondere die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus als Prioritäten identifiziert, insoweit sollten die Agenturen der EU weiterhin eng einbezogen werden. Weiterhin fand ein Austausch zur Implementierung der Interoperabilität statt, Ziel ist eine homogene Umsetzung in den MS. Schließlich befassten sich die Minister mit der Umsetzung der neuen Frontex-VO, die einen schrittweisen Aufbau des sog. Standing Corps auf 10.000 Mitarbeiter vorsieht.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=153>

EuGH; Schlussanträge zum Zugang zu auf Vorrat gespeicherten Daten vorgelegt

Am 21.01.2020 legte Generalanwalt Pitruzzella seine Schlussanträge in der Rechtssache C-746/18 H. K. gegen Prokuratur vor. Gegenstand des Verfahrens ist die im Rahmen eines Strafverfahrens durch eine Staatsanwaltschaft in EST verfügte Auswertung von auf Vorrat gespeicherten Kommunikationsdaten. Der Beschuldigte hatte die Rechtswidrigkeit der Verwendung dieser Daten gerügt. Der vorliegende Oberste Gerichtshof in EST hatte den EuGH um Prüfung der Vereinbarkeit der Maßnahme mit der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener

Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie) ersucht. Nach Auffassung von Generalanwalt Pitruzzella ist die Datenschutzrichtlinie im Lichte der Charta der Grundrechte dahin auszulegen, dass zur Beurteilung der Schwere des Grundrechtseingriffs, der mit dem Zugriff staatlicher Behörden auf personenbezogene Daten, die Kommunikationsdienstleister auf Vorrat speichern, einhergeht, auch die jeweiligen Datenkategorien und die Länge des Zeitraums, für den der Zugang beantragt wird, heranzuziehen seien. Die Prüfung der Erforderlichkeit der jeweiligen Maßnahme sei jedoch Sache der zuständigen Gerichte der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus sei den Vorgaben der Datenschutzrichtlinie und der Charta der Grundrechte nicht Genüge getan, wenn eine nationale Regelung die Kontrolle eines behördlichen Zugangs zu auf Vorrat gespeicherten Kommunikationsdaten durch eine Staatsanwaltschaft vorsehe, die das Ermittlungsverfahren leite und zugleich die öffentliche Klage vor Gericht vertrete. Denn die Datenschutzrichtlinie sehe eine Kontrolle durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsbehörde vor, diesem Erfordernis genüge die Staatsanwaltschaft nicht, wenn sie Ermittlungs- und Anklagebehörde sei.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=A6B629853B1DF7277471408D1538DBAE?text=&docid=222421&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3544595>

Bildung und Kultur

Kommission; Jahresbericht 2018 zu Erasmus+

Die Kommission hat am 28.01.2020 den Jahresbericht 2018 zum Förderprogramm Erasmus+ herausgegeben. Demnach haben in den letzten 30 Jahren insgesamt über 10 Mio. Menschen an dem Programm teilgenommen. Das Budget belief sich auf 2,8 Mrd. EUR. Mit insgesamt mehr als 23.500 Projekten wurden u.a. Schüler, Studierende, Lehrer, Professoren, Auszubildende und Jugendbetreuer gefördert. Im Jahr 2018 nahmen 34 Staaten an dem Programm teil. Die Zahl der aus DEU ins Ausland gehenden jungen Menschen ist von 30.274 im Förderjahr 2010/11 auf 42.398 im Jahr 2017/18 gestiegen. Insgesamt haben im Jahr 2018 110.120 Personen an 2.060 Programmen in DEU teilgenommen, 196 Mio. EUR wurden in Stipendien investiert. Ebenso sind die Zahlen der jungen Menschen, die über ERASMUS+ nach DEU kommen, von 24.733 im Jahr 2010/11 auf 34.539 im Jahr 2017/18 gestiegen. An Kooperationsprojekten nahmen in DEU 2.172 Organisationen teil.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_115

EU – Förderprogramme

Kommission; Neue Fördermöglichkeit im Programm "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft" für Antidiskriminierungsprojekte

Am 15.01.2020 hat die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Projekten zur Antidiskriminierung veröffentlicht. Dabei sind sowohl nationale als auch transnationale Projekte vorgesehen. Mindestens einen der folgenden Diskriminierungsgründe gemäß Art. 19 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU: Rasse oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung müssen die geförderten Projekte aufgreifen. Die Maßnahmen sollten insbesondere auf Folgendes abzielen: Priorität 1: Förderung des Diversity-Managements und der Inklusion am Arbeitsplatz, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Priorität 2: Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung in der Gesellschaft und Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen. Priorität 3:

Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft und / oder Mehrfachdiskriminierung. Priorität 4: Verstärkung des Kampfes und verschiedene Formen der Diskriminierung von Roma. Priorität 5. Nur für Behörden: Förderung der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Priorität 6. Nur für Behörden: Erfassung von Gleichstellungsdaten. Antragsfrist ist der 01.04.2020.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/rec-rdis-disc-ag-2020;freeTextSearchKeyword=:typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502;programCode=REC;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

Kommission; Weiterer Aufruf im Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“

Mit dem am 15.01.2020 veröffentlichten Aufruf will die Kommission u.a. folgende Ziele verfolgen: Unterstützung eines umfassenden Konzepts zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie anderer Formen von Intoleranz wie Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Homophobie, Transphobie, Antigypismus und Afrophobie. Priorität 1: Prävention und Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz. Vorläufiges Budget 4,93 Mio. EUR. Priorität 2: Hassreden online überwachen, verhindern und bekämpfen. Vorläufiges Budget 2 Mio. EUR. Priorität 3: Beschränkung auf Behörden: Verbesserung der Reaktion auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Intoleranz auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Vorläufiges Budget 1 Mio. EUR. Antragsfrist ist der 15.04.2020.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/rec-rrac-raci-ag-2020;freeTextSearchKeyword=:typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502;programCode=REC;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

Kommission; Weiterer Aufruf im Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ zum Thema: „Inklusion und Beteiligung von EU-Bürgerinnen und Bürgern und Unterstützung von nationalen Behörden bei den Wahlen“

Am 15.01.2020 veröffentlichte die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen für Maßnahmen die darauf abzielen sollen, die Unionsbürgerschaft zu stärken und zu entwickeln (Priorität 1). Hierbei seien insbesondere folgende Themenbereiche angesprochen: Sensibilisierung, Datenerfassung und Wissensaufbau in Bezug auf die Unionsbürgerschaftsrechte und die damit verbundenen gemeinsamen europäischen Werte und gemeinsamen demokratischen Standards; Förderung der Einbeziehung und Bereitstellung von Informationen für mobile EU-Bürger und ihre Familienangehörigen; Förderung der demokratischen Beteiligung mobiler EU-Bürger und unterrepräsentierter Gruppen, darunter Frauen, Roma, junge Menschen und Bürger mit Behinderungen. Die Maßnahmen sollten die Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Organisationen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich unterstützen und die von der Kommission anderweitig finanzierten Arbeiten ergänzen und nicht duplizieren. Weitere Maßnahmen seien auf öffentliche Behörden beschränkt und zielten darauf ab, nationale Kooperationsnetzwerke zu unterstützen, die für die Zusammenführung der an Wahlen beteiligten nationalen

Behörden und Stellen zuständig sind (Priorität 2). Das übergeordnete Ziel bestehe darin, die Integrität freier und fairer Wahlen in Europa zu fördern und die demokratischen Institutionen und die Beteiligung der Bürger an ihnen zu wahren. Die Koordinierung innerhalb und zwischen solchen Netzen könnte insbesondere zur Festlegung gemeinsamer Arbeitsmethoden zur Erkennung und Bekämpfung von Wahlbedrohungen (möglicherweise Einrichtung von Warnsystemen), bewährten Verfahren und Leitlinien führen. Insgesamt stehen Mittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Verfügung. Antragsfrist ist der 01.04.2020.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/rec-rcit-citi-ag-2020;freeTextSearchKeyword=:typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502;programCode=REC;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

V e r a n s t a l t u n g e n

Podiumsdiskussion zu EU-Regularien der Immobilienfinanzierung

Am 22.01.2020 luden Europaministerin Lucia Puttrich, die Deutschen Bausparkassen und die Deutschen Pfandbriefbanken zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Regulatorisches Umfeld für Immobilienfinanzierung in der EU“ in die Hessische Landesvertretung ein. Nach einer kurzen Einführung in die Thematik durch Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen, und Jens Tolckmitt, Hauptgeschäftsführer des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken, diskutierten MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) sowie MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU), allesamt Mitglieder des ECON-Ausschusses, unter Moderation von Dr. Detlef Fechtner, stellvertretender Chefredakteur der Börsenzeitung. Im Mittelpunkt der Diskussion standen v.a. die erwarteten Auswirkungen der jüngsten Reformen des Baseler Regelwerks sowie des „European Green Deal“ auf die Immobilienfinanzierung in der EU generell, aber auch in DEU spezifisch. Die Panelteilnehmer waren sich letztlich einig, dass man zu einem Ausgleich kommen müsse, der die Baseler Reformen ausreichend umsetzt, ohne jedoch das gut funktionierende Immobilienfinanzierungsmodell in DEU zu beeinträchtigen. Um dem „European Green Deal“ gerecht zu werden, müssen weiterhin Anreize gesetzt werden, um private nachhaltige Investitionen zu stimulieren. Wichtig sei hierbei, dass alle Ebenen, kommunal bis international, Hand in Hand arbeiten, um eine optimale Allokation der verfügbaren Ressourcen zu erreichen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

04.02.2020 Informeller Rat Wettbewerbsfähigkeit (Teil Forschung)

Europäische Kommission

05.02.2020 Sitzung der Kommission am in Brüssel

Mitteilung zur Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
Mitteilung zur Stärkung des Beitrittsprozesses - Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den Westbalkan

11.02.2020 Sitzung der Kommission in Straßburg

Orientierungsdebatte zur europäischen Verteidigung

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 10.02.-13.02.2020

Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter - Erklärung der Kommission
Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
KMU und bessere Rechtsetzung - Erklärung der Kommission
Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam
Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits
Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018
Der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass in Europa - Erklärungen des Rates und der Kommission
Strategie der EU zur weltweiten Einstellung der Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen
Wiederaufnahme des Strafverfolgungsverfahrens gegen den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik aufgrund der missbräuchlichen Verwendung von EU-Mitteln und potenzieller Interessenkonflikte
System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO)
Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU - Anfragen zur mündlichen Beantwortung
Die humanitäre Lage von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU - Erklärungen des Rates und der Kommission

Ausschuss der Regionen

11./12.02.2020 AdR; 138. Plenartagung

Konstituierung für die neue Mandatsperiode 2020-2025
Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union – Ein Konzept für das weitere Vorgehen
Erweiterungspaket 2019
Der Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung Afrikas

Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und kleineren Ansiedlungen –
Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene
Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU: Bewältigung der
Herausforderung auf allen Ebenen
Kultur in einer Union, die mehr will: Die Rolle der Regionen und Städte
Entschließung zum Arbeitsprogramm 2020 der Europäischen
Kommission

Europäischer Gerichtshof

- 04.02.2020 Urteil (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-515/17 P Uniwersytet Wrocławski / REA und C-561/17 P Polen / Uniwersytet Wrocławski und REA - Anwaltliche Vertretung vor dem EuG – Erfordernis der Unabhängigkeit
- 06.02.2020 Schlussanträge in der Rechtssache C-581/18 TÜV Rheinland LGA Products und Allianz IARD - Kann Haftpflichtversicherung für PIP-Brustimplantate auf Frankreich beschränkt werden
- 10.02.2020 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-808/18 Kommission / Ungarn – Asylverfahren in Ungarn
- 12.02.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-264/19 Constantin Film Verleih gegen Youtube und Google – Auskunftsanspruch gegen Youtube bei widerrechtlich hochgeladenen Filmen
- 13.02.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-287/19 DenizBank – Missbrauchsrisiko bei kontaktlosem Zahlen ohne PIN-Code

Gericht der Europäischen Union

- 06.02.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-144/19 Kludi / EUIPO - Markenstreit um ADLON
- 12.02.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-612/17 Google und Alphabet / Kommission – Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Vorzugsbehandlung des eigenen Preisvergleichsdienstes
- 13.02.2020 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung in der Rechtssache T 612/17 Google und Alphabet / Kommission

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.02.2020

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“	EFDD
Europa der Nationen und der Freiheit	ENF
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Vereinigtes Königreich	GBR
Zypern	CYP